



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 7. Februar 2014
(OR. en)**

5810/14

**IND 33
COMPET 52
MI 81
ENER 45
ENV 108**

VERMERK

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	<i>Vorbereitung der Tagung des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) am 20./21. Februar 2014</i> Wettbewerbsfähigkeit der Industrie a) Mitteilung der Kommission "Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie" b) Mitteilung der Kommission "Eine Vision für den Binnenmarkt für Industrieprodukte" c) Mitteilung der Kommission "Energiepreise und -kosten in Europa" d) Mitteilung der Kommission "Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020 - 2030" – Erläuterung durch die Kommission – Orientierungsaussprache

1. Die EU erholt sich derzeit zwar von der längsten Rezession in ihrer Geschichte, aber das Wirtschaftswachstum fällt nach wie vor bescheiden aus. Die Krise hat deutlich gemacht, **wie wichtig ein starker Industriesektor für die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit ist.** Europa braucht eine starke und wettbewerbsfähige industrielle Basis als Motor für die wirtschaftliche Erholung sowie für Wachstum und Beschäftigung. Europa muss als höchste politische Priorität aller

EU-Organe, Mitgliedstaaten und Politikbereiche politische Rahmenbedingungen schaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie begünstigen und den Strukturwandel und die wirtschaftliche Erneuerung begleiten, um **den derzeitigen Abwärtstrend beim verarbeitenden Gewerbe umzukehren und ein erneutes Wachstum der Industrie herbeizuführen**. Der Rat (Wettbewerbsfähigkeit) sollte dem Europäischen Rat im März deutlich signalisieren, welche Prioritäten in der Industriepolitik zu setzen sind und wie die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie kontinuierlich verbessert werden kann.

2. Am 22. Januar 2014 hat die Kommission vier sehr wichtige Mitteilungen zu diesem Thema vorgelegt. Erstens die Mitteilung mit dem Titel "Für ein Wiedererstarken der europäischen Industrie", in der die wichtigsten Prioritäten der Kommission für die Industriepolitik dargelegt werden. Ausgehend vom Jahreswachstumsbericht wird in der Mitteilung ein Überblick über bereits durchgeführte Maßnahmen gegeben und werden einzelne neue Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen diese Prioritäten rascher verwirklicht werden sollen. Aus dieser Mitteilung geht hervor, dass die Industriepolitik und die anderen EU-Politiken immer mehr ineinandergreifen, so wie es in der Mitteilung zur Leitinitiative "Industriepolitik" 2010 vorgesehen war; ferner wird darin ausgeführt, warum dieser Prozess fortgesetzt werden muss. Des Weiteren wird in dieser Mitteilung die Bedeutung einer umfassenden und wirksamen Umsetzung der Industriepolitik in der EU betont und soll ein Beitrag dazu geleistet werden.

Die zweite Mitteilung mit dem Titel "Eine Vision für den Binnenmarkt für Industrieprodukte" baut auf den Ergebnissen der Bewertung des EU-Rechts im Bereich der Industrieprodukte auf, mit der die Gesamtkohärenz und "Gebrauchstauglichkeit" des Regulierungsrahmens eingeschätzt und eine Faktengrundlage hinsichtlich der kumulativen Auswirkungen der Regulierung aus industrieller Sicht geschaffen werden sollte, und dient der Analyse des Regelungsumfelds des Binnenmarkts für Industrieprodukte.

Obwohl es in den beiden anderen Mitteilungen, nämlich "Energiepreise und -kosten in Europa" und "Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik im Zeitraum 2020-2030" eher um Energiefragen geht, sind sie auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von großer Bedeutung, da sich insbesondere die im Anschluss an die zweite Mitteilung getroffenen Maßnahmen erheblich auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auswirken werden. Die Kommission schlägt neue Klima- und Energieziele vor: eine verbindliche Senkung der Treibhausgasemissionen der EU um 40% gegenüber dem Niveau von 1990 und ein EU-weit bindendes Ziel für erneuerbare Energien von mindestens 27%. Die möglichen Begleiterscheinungen des vorgeschlagenen Pakets und seine potenziellen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie sollten unter Berücksichtigung der Herausforderungen und Chancen für die Industrie auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU sowie der globalen Dimension auch vom Standpunkt der Industrie aus geprüft werden.

3. Für ein "Wiedererstarben der europäischen Industrie" bedarf es einer **stärkeren Kohärenz und einer Prioritätensetzung bei den politischen Maßnahmen** zur Unterstützung der Reindustrialisierung und der intelligenten Spezialisierung. Industrietätigkeiten sind heute eng mit dem Dienstleistungssektor verknüpft, und über Grenzen und Sektoren hinweg spannen sich komplexe Wertschöpfungsketten. Auch das Niveau der erforderlichen Fähigkeiten und Technologien steigt deutlich an.

Bei einer Politik, die eine starke Position der Akteure in der europäischen Industrie fördert, müssen auf koordinierte Weise alle Politikbereiche angegangen werden, damit dieser Wandel begünstigt wird. Für bessere Mechanismen zur Koordinierung der einzelnen Politikbereiche wie Umweltpolitik, Klimaschutz, Energie, Handel, Wettbewerb und staatliche Beihilfen sowie regionale politische Maßnahmen zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie könnten sowohl die Kommission als auch der Mitgesetzgeber Sorge tragen.

4. Zur Stärkung und Modernisierung der industriellen Basis Europas bedarf es eines breiten Spektrums kohärenter und koordinierter politischer Maßnahmen und Aktionen auf zahlreichen Ebenen der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund werden die Minister gebeten, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- *Was sind für Sie die drei wichtigsten Schlüsselprioritäten und vorrangigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa? Welche Ziele sollten sich die EU und die Mitgliedstaaten in den nächsten fünf Jahren in diesen Bereichen setzen?*
- *Wie lässt sich im neuen energie- und klimaschutzpolitischen Rahmen für 2030 konkret ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Zielen der Wettbewerbs-, der Energie- und der Klimaschutzpolitik herstellen, insbesondere was die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien in der EU anbelangt?*
- *Welche Art der Steuerung sollte eingeführt werden, damit die Anliegen in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie tatsächlich in alle politischen Bereiche und Initiativen mit großen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit einbezogen werden?*
